



Pressemitteilung

Stellungnahme zu Jens Spahns Vorschlag für einen anderen Umgang mit der AfD

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete des Deutschen Bundestages, die Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit ist die größte ihrer Art in Deutschland. Sie bemüht sich mit über 80 Veranstaltungen im Jahr einen Beitrag gegen Antisemitismus zu leisten und den Feinden der Freiheit und Demokratie die rote Karte zu zeigen. Nun sind wir alarmiert über eine vollkommen überflüssige Debatte, noch bevor sich eine neue Regierung konstituiert hat.

Nach dem gefährlichen Versuch von Friedrich Merz, im Wahlkampf mit dem Thema Einwanderung Punkte zu holen, äußert sich nunmehr sein Vize Spahn auf bestürzende Weise in Bezug auf die AfD. Wir sind besorgt und erschrocken, wie erneut versucht wird, die AfD auf deren „Normalität“ hin zu befördern und damit mittelbar ihre politische Strategie zu unterstützen.

Ist Weimar denn schon wieder vergessen? Die AfD ist demokratiefeindlich, von Neonazis durchwebt, radikalen Klimawandelleugnern, China- und Russland-Unterstützern und durch prominente Vertreter im Europaparlament, in Landtagen und im Bundestag immer wieder auch durch antisemitische Parolen aufgefallen. Spätestens seit den systematischen Tabubrüchen von Gauland und Höcke, die leider häufig erfolgreich waren, weiß man doch, woran man mit ihr ist und welche Ziele sie verfolgt. Und auch wenn wir verstehen, dass der neue Bundestag die AfD nicht ignorieren kann, so gibt es doch kein Gesetz und keine parlamentarische Regelung in Deutschland und auch nicht im Grundgesetz, das die Parteien der Mitte zwingt, ausgesprochenen Demokratiefeinden und Hassverbreitern eine Plattform zu geben, die sie missbrauchen können, wie ja bereits geschehen.

Das Gegenteil ist der Fall: In Artikel 20 Abs. 4 des Grundgesetzes heißt es:

Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Dieser Artikel, die wehrhafte Demokratie unserer Verfassung sowie das politische Selbstverständnis aller freiheits- und demokratieliebenden Parlamentarier müssen die Richtschnur sein und nicht eine wie auch immer begründete „Normalität“ im Umgang mit denen, die die Errungenschaften der freiheitlichen Verfasstheit unseres Staates abschaffen wollen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Jürgen Wilhelm', written in a cursive style.

Prof. Dr. Jürgen Wilhelm